

SAUDI-ARABIEN: UNTERDRÜCKUNG IM NAMEN DER SICHERHEIT

(„Saudi Arabia: Repression in the Name of Security“)

Dies ist eine nicht autorisierte Übersetzung der Länderkoordinationsgruppe Saudi-Arabien und Golfstaaten. Verbindlich ist das englische Original „Saudi Arabia: Repression in the Name of Security“ – Index: MDE 23/16/2011 vom Dezember 2011 – S. 3-6)

Einleitung

“Ich stehe hier um zu sagen, dass wir Demokratie brauchen. Wir brauchen Freiheit. Wir müssen frei sprechen können. Wir brauchen niemanden, der uns daran hindert, unsere Meinung zu sagen.“

(Khaled al-Johani zu Journalisten bei einer Protestdemonstration, bei der er am 11. März 2011 der einzige Teilnehmer war. Wenig später wurde er festgenommen.)

Seit März 2011 hat die Regierung von Saudi-Arabien eine neue Welle der Unterdrückung im Namen der Sicherheit in Gang gesetzt. Sie ging sehr hart gegen Demonstrierende vor, die bei Kundgebungen Menschenrechtsverletzungen im Land selbst und in der gesamten Region angeprangert hatten. Gleichzeitig begannen die Behörden mit der Ausarbeitung eines neuen Anti-Terror-Gesetzes, welches die bereits Besorgnis erregende Situation des Rechtes auf freie Meinungsäußerung noch weiter verschärfen könnte. Schon jetzt wird jede vom Regierungskurs abweichende Meinung sofort unterdrückt. Das Gesetz würde mehrere Missbrauchspraktiken wie beispielsweise willkürliche Inhaftierung legalisieren und somit die drastischen Anti-Terror-Maßnahmen verstärken, die seit 2001 vor dem Hintergrund eines außerordentlich dürtigen institutionellen Schutzes der Menschenrechte eingeführt wurden.

In Saudi-Arabien liegt die staatliche Macht nahezu vollständig in den Händen des Königs und der herrschenden Al-Saud-Familie. Die Verfassung¹ gibt dem König die absolute Macht über die Regierungsorgane und die Staatsangelegenheiten² sowie die Möglichkeit, abweichende politische Meinungen und das Recht auf Meinungsfreiheit erheblich zu beschneiden³. Die 27 Millionen EinwohnerInnen des Landes⁴ haben kein politisches Organ, das von der Regierung unabhängig ist. Politische Parteien und Gewerkschaften werden nicht geduldet. Der Handlungsspielraum von Medien ist sehr eng und diejenigen, die ihre abweichende Meinung ausdrücken, erwartet Festnahme und Inhaftierung, seien es politische Kritiker, Blogger oder

¹ Das „Basic Law of Government“ von 1992

² Art. 44 des „Basic Law of Government“ bestimmt:

“The Powers of the State shall comprise: The Judicial Power; The Executive Power; The Organizational Power. All these powers shall co-operate in performing their duties according to this Law and other regulations. The King is the ultimate source of all these authorities.”

³ Das „Basic Law of Government“ bietet dem Schutz von Menschenrechten wenig Raum. Dies wird vor allem mit folgender Aussage deutlich: „Der Staat soll die Menschenrechte in Übereinstimmung mit der Islamischen Shari'a schützen“ (Art. 26). Art. 39 verbietet Massenmedien, Sendeeinrichtungen und anderen Verbreitungsmedien von Informationen Aktivitäten, die „Schaden oder Unfrieden hervorrufen oder die die Sicherheit des Staates und sein öffentliches Ansehen beeinträchtigen oder gegen die Würde und Rechte des Menschen verstoßen.“

⁴ Dem saudi-arabischen „Central Department of Statistics and Information“ zufolge wurde 2010 die Bevölkerung auf 27 136 977 Personen geschätzt. (<http://www.cdsi.gov.sa/english> – letzter Zugriff 25. November 2011).

AkademikerInnen. König Abdullah kündigte am 25. September 2011 an, dass Frauen ab 2015 für Kommunalwahlen – die einzigen öffentlichen Wahlen im Land – das aktive und passive Stimmrecht bekämen und in den *Shura*-Rat berufen würden, einem Organ, das das Königshaus berät. Gleichwohl bleiben Frauen sowohl vor dem Gesetz wie auch im täglichen Leben schwerster Diskriminierung unterworfen. Frauen dürfen ohne die Erlaubnis eines männlichen Vormundes nicht reisen, keine bezahlte Arbeit annehmen, studieren oder heiraten.

Vor diesem Hintergrund haben einige Saudi-ArabierInnen öffentlich darauf gepocht, dass es Zeit für einen Wandel ist und dass ihre Menschenrechte respektiert werden müssen. Viele haben versucht, ihr Recht auf friedlichen Protest auf den Straßen wahrzunehmen. Einige haben politische und soziale Reformen verlangt, andere forderten die Freilassung von Angehörigen, die ohne Anklage oder Gerichtsverfahren gefangen gehalten werden, weil man sie mit Terrorismus in Verbindung brachte. Die Sicherheitskräfte haben im Jahr 2011 Hunderte von Menschen festgenommen, weil sie ihrer Kritik an der Regierungspolitik Ausdruck verliehen haben. Die meisten wurden ohne Anklage wieder freigelassen; andere blieben ohne Anklage oder Gerichtsverfahren in Haft; wieder andere sind noch wegen vage formulierter Vergehen gegen die Sicherheit oder anderer Vergehen angeklagt. Amnesty International betrachtet die meisten dieser Gefangenen als gewaltlose politische Gefangene, die ausschließlich festgehalten werden, weil sie ihre Rechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit friedlich zum Ausdruck gebracht hatten.

Ein neues Anti-Terror-Gesetz soll es den Behörden erleichtern, die Unzufriedenheit im Königreich zum Schweigen zu bringen. In der zweiten Junihälfte wurde Amnesty International eine Kopie des Gesetzesentwurfes zugespielt. Unter anderem würde das Gesetz es ermöglichen, dass friedlicher Protest als ein „terroristisches Verbrechen“ geahndet wird, beispielsweise als „Beeinträchtigung des Ansehen des Staates oder seiner Stellung“. Die Infragestellung der Integrität des Königs oder des Kronprinzen könnte dann mit mindestens 10 Jahren Gefängnis bestraft werden. Das Gesetz würde den Verantwortlichen zudem freie Hand geben, im Zusammenhang mit Sicherheitsfragen verdächtige Personen unbegrenzt ohne Anklage oder Gerichtsverfahren festzuhalten. Kritik gegen den Gesetzesentwurf wurde seitens der Zivilgesellschaft in Saudi-Arabien laut, die darin einen Versuch sieht, Festnahmen, Haft und Bestrafung von friedlichen Reformern zu legitimieren. Mit Bezug auf das in der gesamten Region während der Massenproteste in diesem Jahr ständig bemühte Mantra „Das Volk will die Regierung stürzen“, sagte ein saudi-arabischer Aktivist über den Gesetzesentwurf: „Die Regierung will das Volk verhaften.“

In den vergangenen zehn Jahren wurden Tausende von Menschen aus Sicherheitsgründen inhaftiert; viele von ihnen sind nach wie vor in Haft. Darunter befinden sich Geistliche und Menschen, die im Verdacht stehen, bewaffneten islamistischen Gruppen wie al-Qaida anzugehören oder sie zu unterstützen, sowie Gruppen, die der saudi-arabischen Regierung kritisch gegenüberstehen oder die Verbindungen in den Westen haben sollen. Die Gefangenen wurden in der Regel über Monate hinweg in geheimer Haft gehalten. Sie blieben jahrelang ohne Kontakt zur Außenwelt, ohne Anklage oder Gerichtsverfahren und ohne Möglichkeit, die Rechtmäßigkeit ihrer Inhaftierung anzufechten. Die meisten wurden zunächst für lange Zeit in Untersuchungshaft ohne Kontakt zur Außenwelt gehalten. Der Zugang zu einem Rechtsbeistand, zu medizinischer Versorgung sowie Familienbesuche blieben ihnen ver-

wehrt. Manche Häftlinge wurden offensichtlich in geheimen Gerichtsverfahren zu Haftstrafen verurteilt. Manche wurden zur „Umerziehung“ festgehalten.

Haft ohne Kontakt zur Außenwelt leistet Folter und anderen Misshandlungen Vorschub, da die Vernehmungsbeamten sicher sein können, dass die von ihnen begangenen Vergehen straflos bleiben. Diese Menschenrechtsverletzungen werden auch noch durch die Tatsache legitimiert, dass „Geständnisse“ vor Gericht als Beweismittel anerkannt werden, die als Folge von Schlägen, Elektroschocks und anderen Formen von Folter und Misshandlung zustande gekommen waren.

Diejenigen, die wegen Verstößen gegen die Sicherheit angeklagt und vor Gericht gestellt werden, erwarten oft überaus unfaire oder gar geheime Gerichtsverfahren, die hauptsächlich vor dem im Oktober 2008 ins Leben gerufenen „Sonderstrafgericht“ (*Special Criminal Court*) stattfinden.

Betroffen von diesen weitreichenden Unterdrückungsmaßnahmen sind eine unbekannte Zahl von MenschenrechtsverteidigerInnen, friedlichen Befürwortern von politischen Reformen, Angehörige religiöser Minderheiten und viele weitere Personen, die kein Vergehen begangen hatten, welches nach internationalem Recht als Straftat gilt. Unter ihnen befinden sich auch gewaltlose politische Gefangene.

Saudi-Arabien geriet über Jahre hinweg immer wieder in den Fokus politisch motivierter Anschläge, die sich am häufigsten gegen staatliche Einrichtungen, Anlagen der Ölindustrie und gegen Staatsangehörige westlicher Staaten richteten. Amnesty International hat wiederholt und vorbehaltlos das Töten und andere Menschenrechtsverletzungen durch bewaffnete Gruppen in Saudi-Arabien verurteilt und dazu aufgerufen, die Täter zur Verantwortung zu ziehen. Die Organisation betont, dass die Gerichtsverfahren internationalen Standards entsprechen müssen und nicht zur Verhängung der Todesstrafe führen dürfen. Desgleichen hat Amnesty International an die bewaffneten Gruppen appelliert, die Würde aller Menschen zu wahren, und sie aufgefordert, internationales Recht und Standards zu respektieren, welche Vergehen wie Angriffe auf Zivilpersonen oder Geiselnahme verbieten.

Amnesty International anerkennt die Verpflichtung und Verantwortung der saudi-arabischen Regierung, die Öffentlichkeit vor bewaffneten Angriffen zu schützen. Dies beinhaltet auch, dass Personen, die an solchen Angriffen beteiligt sind, vor Gericht gestellt werden müssen. Trotzdem muss die Regierung Saudi-Arabiens jederzeit ihre Verpflichtungen gegenüber internationalen Menschenrechtsabkommen erfüllen und darf niemals die Rechte von Verdächtigen verletzen. Der Kampf gegen den Terrorismus und andere Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit dürfen nicht als Vorwand oder zur Rechtfertigung von Menschenrechtsverletzungen benutzt werden oder den Verantwortlichen erlauben, solche Verbrechen straflos zu begehen.

Die Arbeit von Amnesty International für Saudi-Arabien

Nachforschungen zu Menschenrechten in Saudi-Arabien sind außerordentlich schwierig. Die Regierung untersagt Amnesty International die Einreise für Untersuchungen zu Menschenrechtsfragen. Viele andere internationale Beobachter haben ähnliche Probleme, in das Land zu kommen. Der Staat und sein Rechtssystem arbeiten meistens im Geheimen, die Medien unterliegen einer strengen Zensur oder werden anderweitig an ihrer Berichterstattung gehindert. Unabhängige Menschenrechtsorganisationen und andere Nichtregierungsorganisationen dürfen nicht frei arbeiten⁵, und der Einfluss der Zivilgesellschaft ist aufgrund der staatlichen Unterdrückung nur schwach entwickelt. Deswegen bleiben Informationen und Veröffentlichungen über Menschenrechte spärlich. Immer wieder wird der Zugang zu den Websites regierungskritischer Organisationen innerhalb des Landes blockiert. Nachdem Amnesty International im Sommer 2011 den Entwurf des Anti-Terror-Gesetzes und ihre Bedenken gegen diesen Entwurf veröffentlicht hatte, wurde Berichten zufolge der Zugang zu der Website www.amnesty.org innerhalb von Saudi-Arabien für ungefähr eine Woche gesperrt.⁶ Die Sperre wurde augenscheinlich wieder aufgehoben, nachdem in der internationalen Presse und in mehreren sozialen Netzwerken darüber berichtet worden war.

Der vorliegende Bericht stützt sich auf Informationen, die Menschen in Saudi-Arabien, saudi-arabische Staatsangehörige oder solche anderer Nationalität Amnesty zugetragen haben. Darunter befinden sich auch ehemalige Gefangene, die das Land verlassen konnten. Der Bericht basiert zudem auf Verlautbarungen der Regierung und, wo vorhanden, Presseberichten in den saudi-arabischen und internationalen Medien sowie auf Untersuchungen, die trotz aller Hindernisse durchgeführt werden konnten.

Der Bericht beschreibt die Entwicklungen, die seit der Veröffentlichung des Vorgängerberichtes *Saudi Arabia: Assaulting human rights in the name of counter-terrorism*⁷ aus dem Jahr 2009 stattgefunden haben. Er aktualisiert Einzelfälle und Gerichtsverfahren, die bereits im Bericht von 2009 Erwähnung fanden, und beinhaltet Informationen über neue Fälle, die seit 2009 dokumentiert worden sind. Der Bericht enthält weiterhin Fälle aus vergangenen Jahren, von denen Amnesty International erst nach 2009 erfahren hat. Schließlich enthält der Bericht auch eine Dokumentation der Unterdrückung der Proteste seit Anfang 2011.

Amnesty International schreibt regelmäßig an die saudi-arabischen Regierung, formuliert ihre Anliegen, und ersucht um eine Einreiseerlaubnis, um Gerichtsverfahren gegen Gefangene zu beobachten, die wegen angeblicher Vergehen gegen die Sicherheit vor Gericht stehen. Bisher haben die Behörden keine aussagekräftige Antwort gegeben. Am 26. August 2011 übermittelte Amnesty International ein Memorandum an die saudi-arabische Regierung, in dem um Aufklärung über die im Bericht aufgeführten Anliegen und Fälle gebeten wurde. Am 20. September 2011 antwortete die saudi-arabische Regierung mit einem Brief, der sich im Wesentlichen auf die Veröffentlichung des durchgesickerten Entwurfes für das Anti-Terror-Gesetz durch Amnesty International konzentrierte. Einige Aspekte des Gesetzgebungspro-

⁵ Zu den Organisationen, denen die amtliche Zulassung verweigert worden ist, gehören die „Human Right First Society“, die seit 2001 existiert, und die „Saudi Civil and Political Rights Association“ (ACPRA), die 2009 gegründet wurde.

⁶ siehe *Amnesty International website ‚blocked in Saudi Arabia‘* vom 25. Juli 2011

⁷ *Saudi Arabia: Assaulting human rights in the name of counter-terrorism*. Index: MDE 23/009/2009, Juli 2009

zesses für dieses neue Gesetz wurden erläutert (siehe Kapitel 2 des englischen Berichtes). Der Brief ging jedoch mit keinem Wort auf die im Memorandum geäußerten Bitten nach Informationen und Stellungnahmen zu Anliegen und Fällen ein, wie sie im Bericht beschrieben werden. Am 20. November schrieb Amnesty International erneut an die saudi-arabische Regierung. In diesem Brief erinnerte die Organisation an die noch offenen Fragen und gab der saudi-arabischen Regierung erneut Zeit für eine Antwort. Bis zur Veröffentlichung dieses Berichtes ging keine Stellungnahme ein.

Amnesty International veröffentlicht diesen Bericht, um die Mauer der Geheimhaltung um die schwerwiegenden und weit verbreiteten Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien zu durchbrechen und möchte dazu beitragen, dass diese Übergriffe ein Ende finden. Amnesty International ruft die Regierung Saudi-Arabiens auf, sofortige Maßnahmen zu ergreifen, insbesondere:

- Die sofortige Freilassung aller gewaltlosen politischen Gefangenen, also der Menschen, welche nur wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf freie Meinungsäußerung sowie ihres Rechtes auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit inhaftiert sind;
- Beendigung von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen;
- Sofortige und öffentliche Gerichtsverfahren, die den internationalen Standards für faire Gerichtsverhandlungen entsprechen, keine Verhängung der Todesstrafe gegen Angeklagte oder Inhaftierte. Dies gilt auch für Menschen, die im Verdacht stehen, Taten im Zusammenhang mit Terrorismus begangen zu haben. Sollte sich der Verdacht nicht bestätigen, sind die Angeklagten sofort freizulassen;
- Alle Vorwürfe über Folter oder andere Misshandlungen müssen sorgfältig und unabhängig untersucht werden. Die Verantwortlichen müssen vor Gericht gestellt werden.
- Der Entwurf für das Strafgesetz über terroristische Straftaten und Finanzierung des Terrorismus („*Penal Law for Terrorism Crimes and Financing of Terrorism*“) muss gründlich überarbeitet werden. Alle Gesetze im Zusammenhang mit Terrorismus und deren Anwendung müssen in Einklang mit der internationalen Menschenrechtsgesetzgebung und den relevanten Standards gebracht werden.